

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

(65. - öffentliche - Sitzung am 28. November 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesundheitsfachberufegesetzes, des Kammergesetzes für die Heilberufe in der Pflege, des Niedersächsischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst und des Niedersächsischen Maßregelvollzugsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4395](#)

dazu: Eingabe 01296/08/18 und Eingabe 01427/08/18

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen sowie des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf in einer geänderten Fassung anzunehmen und die in die Beratung einbezogenen Eingaben für erledigt zu erklären.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP

Als Berichterstatter wurde der Abg. **Burkhard Jasper** (CDU) benannt.

2. **Zulassung für Medizinprodukte reformieren - Sicherheit des Patienten muss an erster Stelle stehen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3941](#)

Der Ausschuss schloss die Mitberatung des Antrags ab. Er kam überein, dem federführenden Ausschuss als Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift über die Mitberatung zuzuleiten.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/356](#)

Der Ausschuss stellte die Mitberatung des Gesetzentwurfs zurück, um die endgültige Auswertung der pauschalen Beihilfe in Hamburg abzuwarten.

4. **Diskriminierungsfreie Blutspende ermöglichen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/5064](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: AfD

5. a) **Von Gewalt betroffene Frauen nicht vor verschlossener Tür stehen lassen - Frauenhäuser stärken, Rechtsanspruch schaffen**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/829](#)
- b) **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Regelung von Schutz und Hilfe für Frauen und ihre minderjährigen Kinder vor Gewalt im sozialen Nahraum (Niedersächsisches Frauenschutzgesetz - Nds. FrauSchG)**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1078](#)

Im Hinblick auf einen von den Fraktionen der SPD und der CDU angekündigten Änderungsantrag setzte der Ausschuss diesen Punkt von der Tagesordnung ab.

6. **Reform der Notfallversorgung: Zentralisierung des Rettungsdienstes verhindern!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/5032](#) neu

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Er bat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und das Ministerium für Inneres und Sport für eine der nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand.

7. **Sanktionen abschaffen - Hartz IV überwinden!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/5083](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Er bat die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand.

8. **Bürger vor Gesundheitsgefahren beim Shisha-Rauchen wirksam schützen**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1380](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort. Er kam überein, sich Anfang 2020 über die Erfahrungen mit dem Hamburgischen Gesetz zum Schutz vor gesundheitlichen Gefahren durch Kohlenstoffmonoxid in Shisha-Einrichtungen unterrichten zu lassen.

9. **Für eine Jugendhilfe, die Leistung nicht bestraft**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4307](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort. Für die weitere Beratung bat er um einen Formulierungsvorschlag des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes.

10. a) **Zukunft der Geburtshilfe in Niedersachsen sichern**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1065](#)
- b) **Hebammenversorgung in Niedersachsen flächendeckend sichern**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/4815](#)
- c) **Geburtshilfe in Niedersachsen stärken - Arbeitsbedingungen für Hebammen verbessern!**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/4819](#)

Der Ausschuss nahm zu den Anträgen eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache. Im Anschluss daran schloss er die Beratung der Anträge ab.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag zu a) abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD
Ablehnung: FDP
Enthaltung: GRÜNE

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag zu b) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP, AfD

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag zu c) abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

11. Unterrichtungswunsch

Der Ausschuss bat die Landesregierung für die Sitzung am 5. Dezember 2019 um eine Unterrichtung über die vom Epidemiologischen Krebsregister Niedersachsen festgestellte Häufung von Krebserkrankungen in der Samtgemeinde Rethem.